

Das Corona-Konjunkturpaket: nicht perfekt, aber ein Strategiewechsel

von Kevin Kühnert



⇒ Kevin Kühnert ist Juso-Bundesvorsitzender und stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

Foto: © Nadine Stegemann

Es fühlt sich absurd an, dass ausgerechnet ich diese Worte tippe, aber was soll's: Das Konjunkturpaket der Bundesregierung schafft mitten in der Corona-Krise tatsächlich die Möglichkeit, Grundlegendes in der deutschen Politik zu verändern. Wenn wir sicherstellen, dass das kein einmaliger Ausrutscher bleibt. Was nach sozialdemokratisch verträumtem Pathos klingt, ist tatsächlich politische Realität.

Dieses Paket mag auf den ersten Blick wirken wie so vieles, das die Große Koalition in den vergangenen Jahren vorgelegt hat: eine Ansammlung von Spiegelstrichen, mühsam austariert zwischen den Koalitionspartnern, bis tief in die Nacht verhandelt. Untersucht man das Vorhaben jedoch genauer, dann wird schnell klar, dass dieses Mal einiges anders ist. Dabei geht es nicht um die Vollkommenheit jeder einzelnen Maßnahme. Es geht vielmehr um den ökonomischen Richtungswechsel, der aus erfreulich vielen Absätzen quillt und Lust auf mehr macht.

Natürlich sind der einmalige Kinderbonus in Höhe von 300 Euro und die befristete Senkung des regulären und des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes zeitlich begrenzt und taugen für sich genommen noch nicht als verlässliche Indikatoren eines Politikwechsels. Aber wann haben wir denn bitteschön zuletzt eine degressive Entlastung von Haushalten erlebt als in dieser Krise? Die Effekte, die sich nun einstellen werden, sollten wir als argumentative Grundla-

ge für unsere Vorstellungen eines gerechteren Steuersystems nutzen, ebenso wie für das sozialdemokratische Konzept einer Kindergrundsicherung, die bedarfsgerecht entlastet.

Die unbefristete Entlastung von Kommunen sowie milliardenschwere Investitionen in nachhaltige Technologien oder auch den Schienenverkehr zeigen aber auch, dass dieses Paket nicht nur die unmittelbaren Auswirkungen der Krise abfedert. Es ist ein klares Signal in Richtung der jüngeren Generation, dass ihr Zukunftsversprechen vielleicht doch nicht in einem immerwährend ausgeglichenen Haushalt besteht, von dem der eigene Kühlschrank nun mal auch nicht voller und die Miete nicht bezahlbarer wird. Wir verabschieden uns damit exemplarisch von quälenden Prämissen der Politik dreier Jahrzehnte. Und wir sollten uns angewöhnen, mehr darüber zu sprechen.

Die SPD hat mit Blick auf die Politik der Schwarzen Null bereits auf ihrem vergangenen Parteitag einen Schlusstrich gezogen. Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, die dieses vermeintliche Symbol in den Mittelpunkt ihrer Kampagne gestellt hatten, wurden von neunklugen Kommentatoren als gestrige und in innerparteilichen Konflikten gefangene Funktionäre verspottet. Heute sehen wir, dass die SPD mal wieder stellvertretend für die gesamte Gesellschaft eine überfällige Debatte geführt hatte. Als andere noch vom Corona-Schock gelähmt waren, konnte die SPD befreit von fragwürdigem ideologischen Ballast handeln. Auch, weil der Zeitgeist sich allmählich vom Prinzip der notorischen Schwäbischen Hausfrau abwendet und getragen von frischen ökonomischen Stimmen, die Lust auf ein Zeitalter nach Hans-Werner Sinn macht. Es kommt derzeit schlicht einiges zusammen. Wir sollten dieses Momentum erkennen und nutzen, um aus ihm einen echten Trend zu machen. Die Windmühlen, gegen die wir dabei arbeiten, werden grad kleiner. Wir haben also keine Zeit zu verlieren. ■